

Das innere Gefecht

Tender üben bei SQUADEX 2026

2

Unbekannte
Aspekte, Grönland
betreffend

9

Ukrainer lernen in
Hamburg für den
Freiheitskampf

12

Zivile Rettungs-
dienste in der Lan-
desverteidigung

14

SQUADEX 2026:
Drei Tender,
volle Einsatz-
bereitschaft

16

Neue Partner-
schaft zum Schutz
Kritischer Infra-
struktur

17

Kapazitäts-
erweiterung im
Saarland

Weitgehend unbekannte Aspekte, Grönland betreffend

Von Manfred Opel

Die Zuneigung der Welt

Was kaum jemand weiß: Nachdem bei ihrem jüngsten Treffen im schweizerischen Davos die Großen der Welt ausführlich über das „Problem Grönland“ diskutierten, ist es keine sonderliche Überraschung mehr, dass nunmehr auch der Vatikan offizielle und grundsätzliche Verlautbarungen zum Thema Grönland weltweit veröffentlichte.

Schließlich ist der derzeitige Papst Amerikaner.

In einem ist sich die Welt, mit wenigen Ausnahmen – zu denen sich wohl auch der extrem schnell und auf wundersame Art und Weise superreich gewordene ungarische Ministerpräsident Orban zählt – jedoch einig: Grönland hat das Recht, ganz alleine über sein eigenes Schicksal zu entscheiden.

In Grönland herrscht heute, Januar 2026, ein deutlicher gesellschaftlicher Konsens: Die Bevölkerung strebt nach Unabhängigkeit, und lehnt zugleich die von US-Präsident Donald Trump forcierten Annexionspläne der USA entschieden ab.

Dabei soll das Königreich Dänemark weiterhin auf internationaler Ebene die Rolle des Schutzpatrons für die Grönländerinnen und Grönländer ausfüllen; ein Leben an der Hand des langjährigen Freundes und Beschützers.

Die Grönländer sehen ihre Zukunft als eigenständige Nation, die ihre geopolitische Bedeutung (Rohstoffe, strategische Lage) nutzt, um Partnerschaften auf Augenhöhe eingehen zu können, anstatt Teil einer anderen Macht zu werden. In der augenblicklichen Krisensituation, hervorgerufen in erster Linie durch die aktuellen US-Annexions-Drohungen, rücken Grönland und Dänemark problembezogen wieder enger zusammen, auch, um ihre jeweilige Souveränität gemeinsam zu verteidigen.

Dabei setzt Grönland u.a. auf den Arktischen Rat. Dieser ist das führende zwischenstaatliche Forum für die Kooperation zwischen den Arktis-Anrainern und den indigenen Völkern der Arktis im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz in der Region.

Der Arktische Rat

Der Arktische Rat wurde 1996 mit der Ottawa Deklaration ins Leben gerufen und besteht aus den Mitgliedstaaten Königreich Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, Schweden und die USA.

Sechs Organisationen, welche die indigenen Völker der Arktis vertreten, sind ständige Teilnehmer des Arktischen Rates. Diese sind: Aleut International Association, Arctic Athabaskan Council, Gwich'in Council International, Inuit Circumpolar Council, Russian Association of Indigenous Peoples of the North und Saami Council. Deutschland und weitere zwölf Nichtanrainer (China, Frankreich, Großbritannien, Italien, Indien, Japan, die Republik Korea, Niederlande, Polen, Schweiz, Singapur und Spanien) sind Beobachter im Arktischen Rat. Zudem besitzen 13 Regierungsorganisationen sowie 12 Nicht-Regierungsorganisationen Beobachterstatus.

Die vom Arktischen Rat verfassten Zustandsberichte und Empfehlungen beruhen auf den Analysen und auf Auswertungen der Arbeitsgruppen. Entscheidungen werden per Konsens der Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der ständigen Teilnehmer (Vertreter der indigenen Völker) getroffen. Der Vorsitz des Arktischen Rates wechselt alle zwei Jahre zwischen den Mitgliedstaaten. Seit 2013 wird der Arktische Rat von einem permanenten Sekretariat, das in Tromsø (Norwegen) beherbergt ist, unterstützt.



Deutschland ist im Arktischen Rat durch das Auswärtige Amt vertreten, das bestrebt ist, die deutschen Beiträge zu den Aktivitäten des Arktischen Rates zu stärken. Insbesondere die Beteiligung an den Arbeitsgruppen und Task Forces des Arktischen Rates wurde in den letzten Jahren deutlich verbessert. Für alle Arbeitsgruppen und Task Forces wurden deutsche Experten benannt. Das Arktisbüro unterstützt das Auswärtige Amt bei der Auswahl dieser wissenschaftlichen Experten und sorgt dafür, dass die Berichte über Sitzungen sowie Handlungsempfehlungen der Politik verfügbar gemacht werden.

Seit Mai 2025 hat das Königreich Dänemark den Vorsitz im Arktischen Rat.



▲ Im Mai 2021, wenige Monate vor dem Angriff auf die Ukraine, übernahm Russland, vertreten durch Außenminister Sergey Lavrov, den Vorsitz im Arktischen Rat.

Von den insgesamt vier Millionen Einwohnern der Arktis gehören nur etwa 500.000 Menschen (= ca. 12%) indigenen Völkern an. Die arktischen indigenen Völker stellen ein besonderes Merkmal des Arktischen Rates dar und leisten Beiträge zu dessen Aktivitäten in allen Bereichen. Politisch ist besonders beachtenswert, dass diese Kategorie der nordischen Völker indirekt auch Russland offensteht, welches es sich ja unter Putin zum strategischen Ziel gesetzt hat, die gesamte Nordpolarregion für die eigene Nutzung zu erobern.

Neu und zentral wesentlich ist dabei – und das hat in Davos bemerkenswerterweise niemand offen angesprochen – dass die Organisationen der arktischen indigenen Völker gleichermaßen offen sind für

- eine indigene Volksgruppe, die in mehr als in einem arktischen Staat ansässig ist; oder
- mehreren indigenen Volksgruppen, die in einem einzigen arktischen Staat ansässig sind.

Das bedeutet konkret: Bei sämtlichen Angelegenheiten, die Grönland betreffen, ist Russland – völkerrechtlich abgesichert – immer dabei. Es hängt also ausschließlich vom politischen Willen und Verhalten Russlands ab, ob die Völker Grönlands jemals die Chance haben, vollständig unabhängig zu werden.

Die Lage Grönlands im Kontext des ansteigenden Meeresspiegels

Der Eispanzer Grönlands ist heute noch bis zu mehreren Kilometern dick. Allein aufgrund der allgemeinen Erderwärmung sowie durch die Verlagerung der großen Meeresströmungen ist zu erwarten, dass das Grönland-Eis im Laufe der nächsten Jahre, ebenso wie die anderen Eiskappen – vor allem innerhalb des nördlichen und des südlichen Polarkreises – deutlich abschmelzen.

In Zahlen: Der globale Meeresspiegelanstieg beschleunigt sich aufgrund der Erderwärmung, mit prognostizierten Anstiegen von ca. 30-60 cm bis 2050/2100 bei moderatem Klimaschutz und bis über 1,3 m bei hohem Treibhausgasausstoß (wie er in den USA, Russland, China, Afrika und Südamerika tagtäglich praktiziert wird) bis zum Jahr 2100. Langfristig (bis 2300) sind so Meeresanstiege von mehreren Metern möglich. Die Beschleunigung dieser Entwicklung ist bereits messbar. Und sie scheint unaufhaltsam zu sein.



Die langfristigen Absichten Russlands

Russland betreibt seit vielen Jahren umfangreiche Forschungen in der Arktis, die vor allem der Rechtfertigung russischer Gebietsansprüche dienen.
Stichwort: Siedlungsgebiete der Samen.

Die erklärten Langfrist-Ziele der russischen Arktispolitik sind die Nutzung der natürlichen Ressourcen, der Meere – einschließlich der Nordmeeres – als Transportwege sowie als riesige nukleare Massenlager und als Rohstoffquellen.

Vor allem die wirtschaftliche Nutzung der Arktis durch Russland, insbesondere für Schifffahrt und Fischerei, hat eine jahrhundertealte Tradition. Russland hat zudem bereits erste Schritte in Richtung Ausbeutung der großen Offshore-Rohstoffvorkommen in der Arktis unternommen.

Für Russland (und andere Nationen, wie China, Japan und Korea) ist zudem die Nutzung der Nördlichen Seeroute, die den Weg nach Europa und nach der Ost-Küste Amerikas extrem verkürzt, von herausragendem Interesse.

Die russischen Gebietsansprüche in der Arktis gehen offiziell auf den 15. April 1926 zurück, als die Sowjetunion das Land zwischen 32°04'35"O und 168°49'30"W im Nordmeer für sich alleine beanspruchte. Dieser Anspruch bezog sich jedoch ausschließlich auf Inseln und Landstriche innerhalb dieser Region. Durchsetzen konnten die Sowjetunion oder Russland diese Ansprüche bisher zu keiner Zeit.

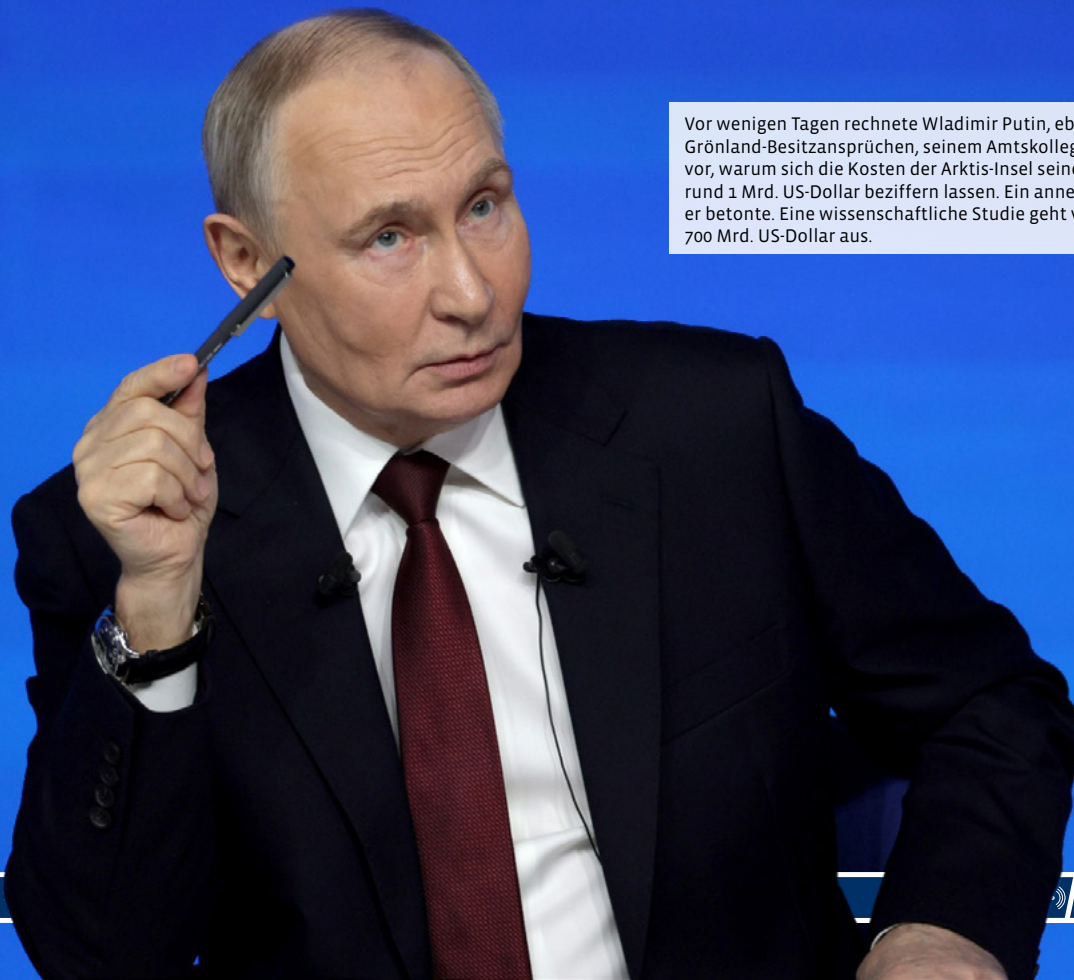
Am 12. März 1997 ratifizierte Russland das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), das es Staaten ermöglicht, Ansprüche auf den erweiterten Festlandsockel geltend zu machen. Gemäß diesem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen beantragte Russland anschließend, am 20. Dezember 2001 – also relativ kurz nachdem Putin am 26. März 2000 Präsident Russlands wurde – die Ausdehnung seines Festlandsockels auch jenseits seiner 320 km (200 Seemeilen) umfassenden ausschließlichen Wirtschaftszone bei der UN-Kommission zur Festlegung der Grenzen des Festlandsockels (CLCS).

Russland argumentierte, dass zwei Unterwasser-Gebirgsketten – nämlich der Lomonossow- und der Mendelejew-Gebirgrücken im russischen Sektor der Arktis – Ausläufer des eurasischen Kontinents seien und somit Teil des russischen Festlandsockels sind.

Dieser aggressive Anspruch Russlands bedroht mithin nicht nur ganz Nord-Europa und Kanada, sondern natürlich auch Grönland. Putin hat übrigens seinen Anspruch niemals zurückgenommen, sondern diesen in mehreren offiziellen Reden sogar noch massiv ausgeweitet. Auch Trump hat Putin offensichtlich nicht bewegen können oder wollen, sein aggressives Verhalten, das sich ausschließlich gegen die Nordpolar-Region und Grönland richtete, auch nur um Haaresbreite zurückzunehmen. Trump hat offensichtlich lieber Europa als Gegenspieler als Russland. Welch' eine Fehlbeurteilung der internationalen Lage!

Auch aus diesem Grund wären die USA wohl kein guter Schutzpatron für Grönland.

Trump hätte Putin bereits in seiner ersten Amtszeit diesbezüglich in die Grenzen weisen können. Doch er hat es damals und auch im ersten Jahr seiner zweiten Präsidentschaft nicht getan. Warum wohl?



Vor wenigen Tagen rechnete Wladimir Putin, ebenfalls Diktator mit Grönland-Besitzansprüchen, seinem Amtskollegen Donald Trump vor, warum sich die Kosten der Arktis-Insel seiner Meinung nach auf rund 1 Mrd. US-Dollar beziffern lassen. Ein annehmbarer Preis, wie er betonte. Eine wissenschaftliche Studie geht von einem Wert von 700 Mrd. US-Dollar aus.

Welche Art von Zukunft wünschen sich die Grönländer und Grönländerinnen selbst?

Vor kurzer Zeit war die Antwort auf diese Frage noch einfach. Doch dann kam Donald Trump.

Stand Januar 2026 lässt sich die Zukunftsvision der Grönländerinnen und Grönländer als ein Balanceakt zwischen nationalem Stolz, wirtschaftlicher Notwendigkeit und geopolitischem Realismus beschreiben.

Fragt man nach, so gibt es ihre Zukunft betreffend vier zentrale Wünsche der Grönländerinnen und Grönländer:

1. Volle Unabhängigkeit von Dänemark

Die Mehrheit der Bevölkerung strebt langfristig die staatliche Souveränität an. Anstatt eines überstürzten Bruchs verfolgt die grönländische Regierung in Nuuk eine Strategie der kontrollierten und schrittweisen Emanzipation.

- Umfragen zeigen, dass bis zu 84 % der Menschen die Unabhängigkeit von Dänemark unterstützen.
- Gleichzeitig lehnen etwa 61 % eine Loslösung von Dänemark ab, falls dies zu einem deutlichen Sinken des Lebensstandards führen würde. Aktuell ist Grönland noch auf Subventionen aus Dänemark (jährlich ca. 600 Mio. USD) angewiesen.
- Die aktuelle grönländische Regierungskoalition will einen vorsichtigen und realistischen Plan einer vorteilhaften Form der Unabhängigkeit Grönlands erarbeiten, um die wirtschaftliche Stabilität der Insel zu gewährleisten.
- Ein erster Entwurf für eine eigene grönländische Verfassung liegt vor und wird derzeit breit diskutiert.
- Grönland übernimmt schrittweise weitere Verwaltungsbereiche von Dänemark, wobei der Fokus auf der vollen Kontrolle über die eigenen Rohstoffe, die eigene Natur, das Land sowie die Verkehrswege liegt.
- Grönland fordert eine eigene, zentralere Rolle in der Arktispolitik. So zum Beispiel durch den Status als Erstredner im Arktischen Rat, vor Dänemark.



Der Besuch von US-Vizepräsident JD Vance – hier beim Meet-and-Greet auf der Pituffik Space Base – im Mai 2025 sorgte für Unmut und Unsicherheit bei der Grönländischen Bevölkerung.

© U.S. Space Force photo by Staff Sgt. Jaime Sanchez, Public domain, via Wikimedia Commons

2. Wirtschaftliche Diversifizierung und Selbstständigkeit

Um die Abhängigkeit von Dänemark zu verringern, setzen die Grönländer auf den Ausbau eigener Wirtschaftszweige:

- Infrastruktur: Neue internationale Flughäfen in Ilulissat und Qaqortoq sollen 2026 eröffnen, um den Tourismus und den Handel zu fördern.
- Rohstoffe: Es besteht ein großes Interesse an der Erschließung kritischer Mineralien (z.B. Seltene Erden), wobei die aktuelle Regierung unter Premierminister Múte Bourup Egede (IA) auf strikten Umweltauflagen beharrt.
- Energie: Geplant ist der Ausbau von Wasserkraftwerken ab 2026, um die Energieautarkie zu stärken.

3. Ablehnung von US-Annexionsbestrebungen

Die von Donald Trump erneut geäußerten Wünsche bezüglich einer Annexion Grönlands stoßen in der Bevölkerung auf breite Ablehnung.

- Die Grönländer betonen, dass ihr Land nicht zum Verkauf steht und wehren sich gegen eine Herabstufung zu einem rein geopolitischen oder militärischen Außenposten der USA. Trotz erneuter Kaufabsichten durch die Trump-Regierung Anfang 2026 lehnen 85 % der Grönländer einen Beitritt zu den USA ab.
- Man ist offen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA (z.B. bei Rohstoffen), fordert dabei aber zugleich die Anerkennung der eigenen Souveränität und internationaler Rechtsnormen.

4. Bewahrung der eigenen Kultur und der Umwelt

Trotz des Wunsches nach Modernisierung spielt für die Grönländerinnen und Grönländer der Schutz der arktischen Umwelt und der Inuit-Identität eine zentrale Rolle. Die Regierung priorisiert eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vor einem überhasteten industriellen Boom.

- Angesichts des Klimawandels wollen viele Grönländer insbesondere eine nachhaltige Nutzung ihrer Ressourcen.
- In Umfragen fordern Bürger oft, dass neben der großen Geopolitik die Lösung lokaler Probleme, wie das Gesundheitssystem und soziale Ungleichheit, nicht vergessen werden.



Wunsch und Wille

Die Grönländerinnen und Grönländer wünschen sich eine Zukunft als stolze, unabhängige Nation, die weder von Dänemark finanziell abhängig noch von den USA politisch vereinnahmt wird.

Die NATO hat immer beschworen, den freien Willen ihrer Mitgliedstaaten verteidigen zu wollen. Nun ist es für eine lebendige NATO an der Zeit, endlich aktiv zu werden und zu zeigen, wohin die Reise zu gehen hat, will man europäischen sozialen, rechtsstaatlichen und politischen Idealen folgen.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg




CONNECTING MINDS.



PROTECTING EUROPE.

NÜRNBERG, GERMANY

23. – 25.2.2026

INTERNATIONAL EXHIBITION
AND CONFERENCE FOR
LAW ENFORCEMENT AND DEFENCE

[ENFORCETAC.COM](https://enforcetac.com)

MAKE
THE FUTURE
YOUR
MISSION!

Ausbildungsunterstützung

Wie die NATO plant: Ukrainer lernen in Hamburg für ihren Freiheitskampf

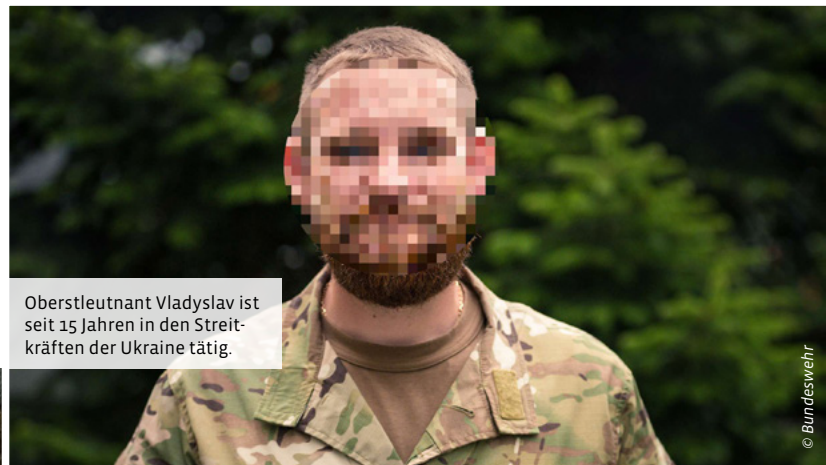
„Deutschland unterstützt die Ukraine nicht nur mit Waffen, Geräten und Material, sondern auch mit Ausbildung, wie hier an der Führungsakademie“, sagt der Kommandeur der höchsten militärischen Ausbildungsstätte Deutschlands, Konteradmiral Ralf Kuchler. Angehörige der ukrainischen Streitkräfte erweitern dort ihre Kenntnisse im Führen von Großverbänden.

Diese Ausbildung erfolgt unter dem Dach der European Union Military Assistance Mission Ukraine, kurz EUMAM UA, die durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Oktober 2022 beschlossen wurde. Neben Deutschland beteiligen sich 21 weitere europäische Nationen daran. Ihr Ziel ist es, die militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte so zu stärken, dass sie wirksam und durchhaltefähig ihr Land verteidigen und die Zivilbevölkerung schützen können.

Aus diesem Grund haben 20 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte ihre Kenntnisse im Führen von Großverbänden ab Brigadeebene und im Planungsprozess von Landstreitkräfte-Operationen auf oberster taktischer Ebene an der Führungsakademie der Bundeswehr erweitert. Sie bildeten sich unter anderem zu den Themengebieten Organisation, Arbeiten in Stäben, NATO-Planungsprozess und Befehlsausgabe weiter.

Anerkennung und Verpflichtung zugleich

„Deutschland hat angeboten, diese Ausbildung zu übernehmen. Dass das Angebot in Anspruch genommen wird, zeigt natürlich auch die Anerkennung der hohen Qualität unserer Ausbildung. Das ist für uns aber auch Verpflichtung zugleich, denn nur eine qualitativ hochwertige Ausbildung ist der Garant dafür, dass man an der Front bestehen kann“, sagt Konteradmiral Ralf Kuchler.



Oberstleutnant Vladyslav ist seit 15 Jahren in den Streitkräften der Ukraine tätig.

© Bundeswehr



20 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte haben an der Führungsakademie der Bundeswehr ihr Wissen zum Thema NATO-Planungsprozess erweitert.

© Bundeswehr

Eine zweijährige Ausbildung, wie sie die deutschen und internationalen Offizierinnen und Offiziere im Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National unter Friedensbedingungen absolvieren, „kann man sich im Krieg natürlich nicht leisten“, ergänzt Kuchler. Also bedeutete das im Umkehrschluss für die ukrainischen Soldaten eine lediglich mehrtätige Ausbildung in Hamburg – mit langen Tagen und reichlich Stoff. Einer der ukrainischen Offiziere ist Vladyslav.

„Ich möchte ein Erbe hinterlassen“

„Wir sind ein Teil der Militärorganisation und üben spezielle Sicherheitsfunktionen aus. Seit Kriegsbeginn 2022 sind wir in der Verteidigung des Landes an vorderster Front eingesetzt. Vor dem Krieg haben wir hauptsächlich Stabilisierungsoperationen durchgeführt, das wurde durch eine Gesetzesänderung erweitert“, erklärt der Oberstleutnant.

„Mein Militärleben war nur mit meiner Einheit verbunden“, sagt der Offizier und ergänzt: „Ich bin ein Berufssoldat, seit 15 Jahren im Dienst und ich habe eine militärische Universität in der Hauptstadt Kiew absolviert.“ Zu seinen drei Hochschulausbildungen zählen eine juristische, eine zum Thema staatliche Verwaltung und eine militärische. „Ich bin S3-Offizier, also Planungsoffizier. Mein Schwerpunkt ist der Einsatz von Panzertruppen.“

Schwächen erkennen und verbessern

An der Führungsakademie der Bundeswehr setzt er sich gemeinsam mit weiteren Teilnehmenden mit den militärischen Entscheidungsfindungsprozess der NATO auseinander. Sie lernen die Struktur der Sicherheits- und Verteidigungskräfte kennen und vergleichen diese mit ihrer eigenen. Das Ziel: Eigene Schwächen erkennen und verbessern. „Wir wandeln unsere Stabstruktur um. Neue Stäbe werden zusammengesetzt aus verschiedenen Leuten. Diese haben meistens Kriegserfahrung, aber gar keine oder wenig Staberfahrung“, erklärt Vladyslav. Deshalb seien die in Hamburg vermittelten Informationen meist neu und nützlich für die Teilnehmenden.

Eines ist Vladyslav besonders wichtig: Der Krieg dauere nicht erst drei Jahre, sondern habe bereits 2014 begonnen. In dem Jahr annektierte Russland die zur Ukraine gehörende Krim. Dennoch betont der Offizier: „Ich werde meine Aufgaben als Soldat solange ausüben, wie es notwendig ist. Ich habe keine physische oder moralische Müdigkeit. Meine Aufgabe ist, die Sicherheit des Staates zu schützen. Wir verteidigen unsere Familien, unsere Lieben und wir vermindern das Kriegspotenzial unseres potenziellen Gegners.“ Ihnen allen sei bewusst, dass sie jeden Moment fallen können. Doch gerade deshalb denke er darüber nach, jetzt eine Familie zu gründen. Denn: „Ich möchte ein Erbe hinterlassen.“

Der ehemalige Minister Pavlo* hat Mitte 2025 seine Grundausbildung in der Ukraine absolviert.

„Wir danken euch“

Pavlo, ein weiterer ukrainischer Offizier an der Führungsakademie, war Minister in der Ukraine und ist seit Mitte 2025 in den Streitkräften tätig. „Ich wurde nicht gezwungen, es war eine bewusste Entscheidung“, sagt er. Und so habe er die Grundausbildung absolviert – „Schießen, Taktiken, medizinische Ausbildung.“ Er fühle sich geehrt, sein Wissen auch über die deutsche Militärführung zu erweitern. „Wir in der Ukraine wissen, wie viel Deutschland für uns macht. Es ist eine sehr schwierige geopolitische Zeit und alle wollen in Infrastruktur investieren. Alle wollen in Schulen und Krankenhäuser investieren. Alle wollen in Sozialhilfe investieren. Deutschland muss manches opfern, um uns zu helfen, wir schätzen das wert, wir danken euch dafür.“



„Dieselbe Sprache sprechen“

Leutnant Volodymyr ist ein weiterer Teilnehmer. Er berichtet, wie seine Familie aufgrund eines starken Beschusses die Nacht im Keller verbringen musste. „Die Nacht war für mich sehr anstrengend. Ich habe ständig auf das Handy geguckt, ob sie im Netz sind“, sagt er.

In den Jahren 2015/2016 wurde er erstmals als Kraftfahrer mobilisiert, anschließend ging er ins zivile Leben zurück und arbeitete als Jurist. Er hat drei Hochschulbildungen: Er ist Rechtsanwalt für Arbeits- und Zivilrecht, Politologe und studiert Agrarwesen. Letzteres hat einen familiären Hintergrund, wie er berichtet. Sein Vater ist Landwirt. Volodymyr macht sich Gedanken, wie es nach dem Krieg weitergehen könnte: „Ich habe vor, weiter als Rechtsanwalt zu arbeiten, aber wegen des Krieges ist unsere Industrie völlig zerstört. Die Landwirtschaft, also auch der Export, wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Um das alles besser zu verstehen, habe ich beschlossen, Landwirtschaft zu studieren.“

Seit dem 27. Februar 2022 ist er wieder in der Armee. „Ich muss jetzt lernen, Entscheidungen zu treffen. Wenn ich den Krieg überlebe, dann helfen mir diese Kenntnisse auch im zukünftigen Leben“, sagt er mit Blick auf die Inhalte zur NATO, die er an der Führungsakademie lernt. Für ihn sei es wichtig, mit NATO-Mitgliedsstaaten, „dieselbe Sprache zu sprechen“ und die Denkweise hinter den Prozessen zu verstehen. Dieses Wissen helfe den Ukrainern, besser zu begründen, wie viel Soldaten, Munition oder auch Material sie bräuchten.

Text: Sophie Düsing

Einsatz unter Extrembedingungen

Der zivile Rettungsdienst in der Landesverteidigung

Ein Angriff auf Deutschland würde im Ernstfall nicht nur militärische Strukturen betreffen. Auch der zivile Gesundheitssektor wäre unmittelbar gefordert. Sein Rettungsdienst übernimmt in diesem Fall eine doppelte Rolle: Er versorgt Verwundete und Erkrankte und stärkt zugleich das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Ein handlungsfähiger ziviler Rettungsdienst ist wichtig – auch in der Landesverteidigung. Selbst wenn die Bundesrepublik Deutschland direkt angegriffen wird, muss die Bevölkerung weiter versorgt werden. Aber auch um verwundete Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr oder Verbündeter wird sich der Rettungsdienst kümmern müssen.

In einem Verteidigungsfall gelten jedoch für alle Mediziner oder Medizinerinnen und somit auch für die Rettungskräfte ganz andere und ungleich härtere Einsatzbedingungen als im Frieden. Beispiele hierfür sind:

- gezielte Angriffe: Gegner könnten medizinisches Personal völkerrechtswidrig direkt angreifen. Das kann die Moral der Retter, der Truppe und der Bevölkerung schwächen und die Versorgung beeinträchtigen.
- eingeschränkte Luftrettung: Einsätze in Frontnähe sind für Rettungshubschrauber oder -flugzeuge zu gefährlich und deshalb nicht mehr möglich.
- instabile Infrastruktur: Strom-, Kommunikations- und Transportausfälle erschweren jede Koordination und die medizinische Versorgung Verletzter.
- Versorgung unter Besatzung: In besetzten Gebieten liegt die medizinische Versorgung faktisch in der Hand des Aggressors. Dies bedeutet eine nur eingeschränkte bis gar keine Handlungs- und Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die medizinische Versorgung.



Koordination, Führung und Schutz

Um auch unter diesen Bedingungen durchhaltefähig zu bleiben, muss der zivile Rettungsdienst eingebettet sein in ein abgestimmtes, gesamtstaatliches System. Für dieses sind aus Sicht des Sanitätsdienstes der Bundeswehr folgende Maßnahmen essentiell:

- bundeseinheitliche Lage- und Führungsfähigkeit durch ein ständig aktualisiertes und abgeglichenes Gesundheitslagebild.
- interoperable Systeme, die eine nahtlose Zusammenarbeit ermöglichen, zwischen zivilen und militärischen Leitstellen, Stäben und Einsatzkommandos.
- bestehende Strukturen nutzen, statt neue aufzubauen. Schnelligkeit und Erfahrung entscheiden.
- Reserve als Schnittstelle nutzen: Reservistinnen und Reservisten verbinden zivile Organisationen mit militärischen Kräften.
- Schutz der Einsatzmittel: Fahrzeuge, Einrichtungen und Personal aus dem medizinischen Bereich sind Teil der kritischen Infrastruktur und müssen entsprechend geschützt werden.

Durchhaltefähigkeit sichern

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr ist der Impulsgeber für die gesamtstaatliche Aufgabe, die medizinische Versorgung im Verteidigungsfall sicherzustellen. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Hilfsorganisationen und zivilen Trägern arbeitet die Bundeswehr daran, Führungssysteme, Kommunikationswege und Ausbildung so anzupassen, dass Hilfe auch unter Extrembedingungen wie in einem Verteidigungsszenario gewährleistet bleibt.

Text: Bundeswehr



Neues Konzept stärkt Deutschlands Krisenmanagement: Die Johanniter Unfallhilfe stellt dem Sanitätsdienst der Bundeswehr im Krisen- oder Verteidigungsfall 100 Rettungswagen mit Besatzung zum Verwundetentransport bereit.

Rettungskräfte des Havariekommandos der Bundespolizei übergeben einen verletzten Soldaten an das Team des Klinikums Rostock.



SQUADEX in der Ostsee: Drei Tender, ein Verband, volle Einsatzbereitschaft

Januar 2026. Die Ostsee zeigt sich von ihrer rauen Seite. Kalte Luft, grauer Horizont, leichter Schneefall. Die Tender „Main“, „Mosel“ und „Werra“, drei Versorgungsschiffe des Unterstützungsgeschwaders, verlassen ihre Heimathäfen Kiel und Eckernförde und nehmen Kurs auf die zweiwöchige Geschwaderübung SQUADEX. Was folgt, sind Tempo, Präzision und Teamwork.

Diese Übung ist mehr als Routine auf See. Sie ist ein intensives Testfeld für die Deutsche Marine, in dem mehrere Einheiten gemeinsam trainieren – so, wie es im Ernstfall nötig wäre: als Team, im Verband, mit klarer Führung, präziser Kommunikation und sicheren Verfahren.

Die Tender „Main“, „Mosel“ und „Werra“ übernehmen dabei eine Rolle, die in jeder Flotte unverzichtbar ist: Versorgung auf See. Treibstoff, Verpflegung, Munition, Ersatzteile – sie bringen alles längs, was andere Schiffe und Boote gerade in langen Einsätzen durchhaltefähig macht. Und oft geht es noch weiter. Auch komplexe Instandsetzungen müssen gelingen – draußen auf See, ohne Werkstatt und unter Zeitdruck.

„Die zweimal im Jahr stattfindenden mehrwöchigen Verbandsfahrten ergänzen die zuvor erfolgte Individualausbildung der Tender. Im Verband können ganz andere, intensivere und komplexere Fähigkeiten abgebildet und beübt werden“, so der Kommandeur des Unterstützungsgeschwaders der Einsatzflottille 1, Fregattenkapitän Stefan Meier-Neuhold. Die Ostsee ist kein geschützter Schulungsraum, gerade zu dieser Jahreszeit. Sie ist ein echtes Umfeld – wechselhaft, anspruchsvoll und unerbittlich ehrlich. Genau das macht den Wert dieser Übung aus.

Training, das im Einsatz entscheiden kann

Bei Versorgungsmanövern zählt jeder Meter: Die Boote laufen eng zusammen, die Abstände sind klein und die Abläufe sitzen. Während das Meer arbeitet, arbeiten die Besatzungen dagegen – konzentriert, routiniert und auftragsorientiert. Und manchmal wird es noch schwieriger: dichter Nebel, eingeschränkte Sicht und Bewegung im Verband. Fehler verzeihen die See und das Wetter nicht.

Ein weiterer Schwerpunkt: Schleppmanöver. Wenn Einheiten nicht mehr manövrieren können, muss geholfen werden – schnell, sicher und koordiniert. Hier zeigt sich, wie gut ein Verband wirklich funktioniert. Und dann gibt es diese Situationen, die nach außen ruhig wirken und innen doch höchste Präzision fordern: Auf hoher See wird filigran manövriert, bis die Schiffe schließlich eng zusammenliegen, „zum Paket verzurrt“, wie es in der Marinesprache heißt. Fast hundert Meter Stahl und doch Zentimeterarbeit – wie Zahnräder, die ineinandergreifen.

Die Übung SQUADEX

SQUADEX ist die Abkürzung für Squadron Exercise, zu Deutsch Geschwaderübung. Dabei trainieren mehrere Schiffe und Boote gemeinsam im Verband. Im Mittelpunkt steht vor allem das Zusammenspiel aus einheitenübergreifender Führung, klarer Kommunikation und taktischen Abläufen. Geübt wird möglichst realitätsnah und unter anspruchsvollen Bedingungen.

INFO

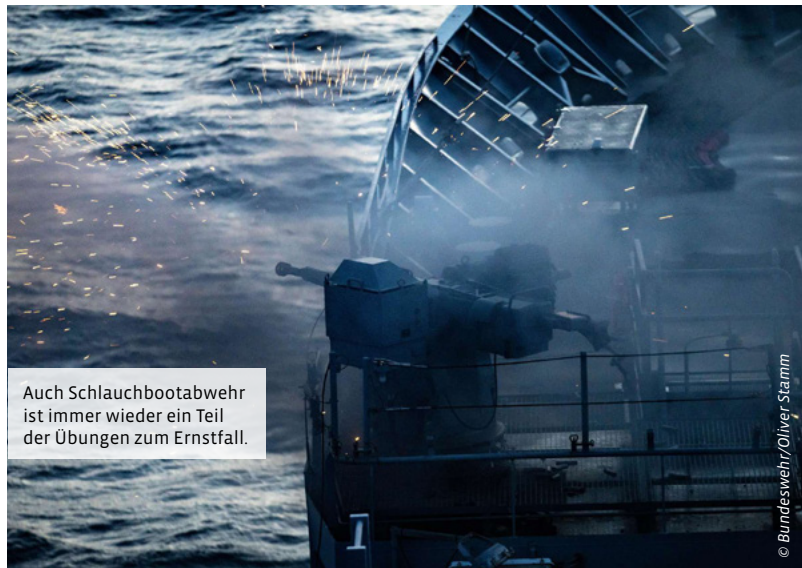
Die drei Tender „Main“, „Mosel“ und „Werra“ beim „Päckchen“ zur Übung SQUADEX

Luftverteidigung: Reaktion statt Routine

Neben der Versorgung trainiert der Verband auch die Verteidigung gegen Bedrohungen aus der Luft. Drohnenabwehr spielt dabei eine immer wichtigere Rolle. In einem nie dagewesenen Takt, der sitzen muss: Aufklärung, Reaktion, Feuerdisziplin und Führung – alles im Sekundenbereich.

Die Besatzungen trainieren Abläufe mit Bordwaffen, beobachten, melden und beurteilen. Jeder Posten hat seinen Platz, jede Aufgabe ihre Bedeutung. Hier geht es um mehr als Trefferbilder: Es geht um Handlungsfähigkeit – unter Druck und mit Verantwortung.

SQUADEX heißt auch: Die Boote als eigenes System zu beherrschen. Und dieses System muss auch dann funktionieren, wenn es innen „brennt“. Schadensabwehr, Brandbekämpfung, Verletztenversorgung – das sogenannte innere Gefecht ist forderndes Training für die Realität. Sirenen, Atemschutz, enge Gänge, schwere Ausrüstung. Jeder Handgriff muss sitzen und jede Meldung klar sein. Denn wenn es ernst wird, ist keine Zeit für langes Überlegen.



Auch Schlauchbootabwehr ist immer wieder ein Teil der Übungen zum Ernstfall.

© Bundeswehr/Oliver Stamm

Zwei Wochen, die einen Verband zusammenschweißen

Nach Tagen im Rhythmus aus Wache, Lage, Manöver und Ausbildung wirkt ein Hafenaufenthalt wie ein kurzer Moment zum Aufrichten. Kopenhagen bietet den Besatzungen die Chance, einmal durchzuatmen – bevor es in die zweite Übungswoche geht. Gleichzeitig ist der Besuch mehr als Erholung: Er steht auch für Partnerschaft und Austausch. Zwei NATO-Partner, zwei Marinen, ein gemeinsamer Blick auf Sicherheit und Zusammenarbeit – sichtbar bei offiziellen Terminen und spürbar im direkten Kontakt unter Soldatinnen und Soldaten.

Am Ende dieser Übung bleibt mehr als ein Ausbildungsplan auf Papier. Ein SQUADEX formt Routinen, schafft Vertrauen und bringt Einheiten auf einen gemeinsamen Stand. Was im Hafen beginnt, wird auf See zur Realität: gemeinsam handeln, gemeinsam reagieren, gemeinsam bestehen.

Text: René Bischoff

Anzeige



Wenn Du mal auf
Dich allein gestellt bist.



VICTORINOX
„Offiziersmesser“

KLEEN
WERBUNG

Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
info@kleen-werbung.de

Neue Strategische Partnerschaft im Bereich Counter-UAS und Schutz kritischer Infrastruktur

Die Unternehmen HENSOLDT und TYTAN Technologies haben am 26. Januar eine Absichtserklärung (MoU) unterzeichnet, um künftig in den Bereichen Counter-UAS-Systeme und Schutz kritischer Infrastruktur zusammenzuarbeiten. Die Vereinbarung wurde von Balázs Nagy, CEO und Mitbegründer von TYTAN Technologies, und Oliver Dörre, CEO von HENSOLDT, während der Eröffnungsfeier des neuen Hauptsitzes von TYTAN in München in Anwesenheit des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL, unterzeichnet.

Auf Basis dieser Vereinbarung sollen kostengünstige Abfangdrohnen von TYTAN und die Sensorik-Kompetenz von HENSOLDT in Kombination mit der Command & Control Software ElySION Mission Core eine sofort einsetzbare, in Bayern hergestellte Lösung zum Schutz des europäischen Luftraums schaffen.

Wesentliche Elemente der künftigen Zusammenarbeit sind neben der Integration der TYTAN-Plattformen in die Counter-UAS-Lösung von HENSOLDT mit dem ElySION Mission Core die gemeinsamen Initiativen zum Schutz kritischer Infrastruktur, insbesondere über bestehende Initiativen mit Bundes- oder Landesbehörden sowie internationale Gemeinschaftsprojekte, speziell im Zusammenhang mit der Unterstützung der ukrainischen oder der NATO-Luftverteidigung.

Die Zusammenarbeit verdeutlicht das gemeinsame Engagement beider Unternehmen, umgehend einsetzbare, einsatzbewährte und hochmoderne Lösungen bereitzustellen, um eine der größten Sicherheits Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen: die rasante Entwicklung der massenhaften Drohnenkriegsführung.

Die Partnerschaft stärkt die technologische Souveränität Europas und unterstreicht Bayerns Bedeutung als Zentrum für Verteidigungsinnovation und industrielle Exzellenz sowie die führende Rolle Bayerns im Bereich der Counter-UAS-Technologien.

„Die Zusammenarbeit von HENSOLDT und TYTAN ermöglicht es uns, Agilität, Innovationskraft, Systemintegrationskompetenz und Domänenkenntnis auf höchstem Niveau zu kombinieren. Auf diese Weise tragen wir wesentlich dazu bei, den Schutz vor den zunehmenden Bedrohungen durch Drohnen signifikant und schnell zu erhöhen“, erklärte Oliver Dörre, CEO von HENSOLDT.

„TYTAN und HENSOLDT zeigen ihr unerschütterliches Engagement für den Schutz der Menschen und kritischer Infrastruktur in Europa vor unbemannten Bedrohungen – nicht in fünf Jahren, sondern schon heute. Mit Technologie, die sich im Einsatz bewährt hat und auf der nachgewiesenen Exzellenz beider Unternehmen in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen basiert“, ergänzte Balázs Nagy, CEO und Mitbegründer von TYTAN Technologies.

Text: HENSOLDT; DK



(v.l.) Balázs Nagy, Dr. Markus Söder und Oliver Dörre bei der Unterschrift des MoU

Rüstungsindustrie investiert in deutsche Standorte

Kapazitätserweiterung im Saarland

Das Unternehmen Diehl Defence, Anbieter von Lenkflugkörpern, Systemen für bodengebundene Luftverteidigung, Munition und weitere wehrtechnische Produkte, hat an seinem Standort Nonnweiler im Saarland ein neues Flugkörperintegrationszentrum seiner Bestimmung übergeben. Damit ist ein weiteres Großprojekt als Teil der laufenden Ausbaumaßnahmen an allen Standorten des Unternehmens abgeschlossen.

In Anwesenheit der Ministerpräsidentin des Saarlandes, Anke Rehlinger, übernahm Thomas Bodenmüller, CFO Diehl Defence, im Rahmen einer Feierstunde das Fertigungsgebäude nach Abschluss der Bauarbeiten. Der Neubau wird vor allem dem Kapazitätsausbau bei Diehl Defence für die Integration von Lenkflugkörpern dienen, zunächst für die verschiedenen Varianten der IRIS-T Familie.

Mit dem neuen Flugkörperintegrationszentrum wurden 3.400 Quadratmeter Produktionsfläche neu geschaffen. Das Gebäude ist mit seiner nach hinten aufsteigenden Form in Europa einzigartig und entspricht den neuesten rechtlichen Anforderungen und Vorgaben für sprengstoffverarbeitende Betriebe.

„Die Branche investiert, erweitert Kapazität und schafft Arbeitsplätze. Das ist gut für unser Saarland“, sagte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger in ihrem Grußwort. Wirtschaftsminister Jürgen Barke ergänzte: „Die enormen Investitionen von Diehl Defence im Saarland zeigen, dass unser Land ein leistungsfähiger Standort für Hochtechnologie ist. Gerade im Strukturwandel eröffnet der Ausbau der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie neue Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung. Nonnweiler entwickelt sich dabei zu einem industriellen Anker mit überregionaler Strahlkraft.“



Thomas Bodenmüller, CFO Diehl Defence, sagte: „Das Integrationsgebäude ist das erste Gebäude hier in Nonnweiler, das in der laufenden Wachstumsphase fertiggestellt wurde. Die Bauarbeiten für die nächsten drei Neubauten haben bereits begonnen. Insgesamt gibt es am Standort noch über 20 weitere Bauvorhaben. Neben weiteren Fertigungsgebäuden für andere Produktfamilien ist auch an unserer Betriebsstätte in Mariahütte u.a. ein Neubau für die Logistik geplant.“

Diehl Defence durchläuft seit mehreren Jahren eine Wachstumsphase, die seit 2022 durch die erheblich gestiegene Nachfrage vor allem seitens des deutschen Auftraggebers sowie anderer NATO-Staaten verstärkt wurde. Das Unternehmen baut deshalb seine Kapazitäten an allen Standorten aus, um seinen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Kunden leisten zu können. Die Investitionssumme hierfür beträgt unternehmensweit etwa 1,5 Milliarden Euro.

Text: Diehl Defence; DK



▲ Ministerpräsidentin Anke Rehlinger freute sich über die Investitionen im Saarland.

◀ Das neue Produktionsgebäude entspricht den modernsten Standards für sprengstoffverarbeitende Betriebe.

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

